

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

25.10.1862 (No. 251)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Oktober.

N. 251.

1862.

Voranschlagung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgeld: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

## Telegramme.

**Berlin, 24. Okt.** Die „Etern-Zeitung“ sagt am Schluß ihrer Leitartikel über die Landtagssession:

„Nachdem die Regierung durch die Zurückweisung aller Beschlüsse einer vorläufigen Lösung in eine im bisherigen Verfassungsgesetz neue Lage verjagt ist, darf das Land aus dem bisherigen Verhalten der Regierung und aus dem fortwährenden Bestehen nach einer verfassungsmäßigen Erledigung der Budgetfrage die Ueberzeugung schöpfen, daß die Staatsregierung bemüht sein werde, den Konflikt auf das möglichst geringe Gebiet, d. h. auf fernere, unter verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit ersorgende Leistung der unerläßlichen Ausgaben für 1862 zu beschränken, nachdem aber Alles, was Pflicht und Gewissen gebieten, daran zu setzen, um mit Beginn der kommenden Session eine verfassungsmäßige definitive Lösung der schwebenden Streitfragen herbeizuführen, und dem Lande den vollen inneren Frieden und ungehinderte Entwicklung unserer verfassungsmäßigen Zustände wiederzugeben. Möge das Volk dem verfassungstreuen Willen und Streben der Regierung fest vertrauen und sich durch Parteilichkeit nicht beirren lassen, sondern der Regierung helfen, den Frieden wiederherzustellen und zu beschützen.“

**Stockholm, 23. Okt.** (W. L. B.) Heute wurde der schwedische Reichstag eröffnet. Die Thronrede erklärt eine Repräsentationreform (Repräsentativverfassung?) für notwendig und hält den Zeitpunkt dazu für günstig; sie verweist eine Gesetzsammlung über Kirchensammlungen, ein Kriminalgesetz, ein Seegesetz, sie sagt, daß die Entwicklung der Kriegsmarine des Auslandes auch schwedischer Seite große Opfer erfordere und drückt hinsichtlich der Bildung der freiwilligen Scharfjägerkorps die Freude des Königs aus.

**Neu-York, 11. Okt.** Es hat kein neuer Kampf stattgefunden seit dem 8. Die Unionstruppen bestätigen, daß die südafrikanische Kavallerie nach Zerstückung des öffentlichen Eigentums in Chambersburg gegen Kellysburg in Pennsylvania zog.

**Madrid, 22. Okt.** Die Verfassungskommission des von dem Kaiser der Franzosen an General Forenzy gerichteten Schreibens, worin Jener erklärt, er wolle die Mexikaner frei ihre Regierung wählen lassen, bringt eine gute Wirkung hervor. Die Zeitungen begleiten dieses Dokument mit wohlwollenden Bemerkungen.

**Turin, 22. Okt.** Die „Discussione“ sagt, der Finanzminister habe eine belangreiche Summe in Schatzkassen außerhalb des Landes untergebracht, und bereits seien 20 Mill. davon von dem Turiner Cred. Mob. disponirt worden. Dasselbe Blatt veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel: „Wie geht man nach Rom?“ Die besten Mittel, dahin zu gelangen, seien die Befestigung der Monarchie, die Verschönerung der Provinzen, die Wiederherstellung der Finanzen, und die Mannsucht in der Armee.

Der Jahresstag der Verfassungskommission wurde in den südlichen Provinzen gefeiert. Es fanden Beleuchtungen, Almosengeben, Volksbelustigungen in den Städten statt. Alles ging in vollkommener Ordnung vorüber. Auch in Sizilien gingen diese Feste ohne Unordnungen vorüber. Man meldet die feierliche Eröffnung der Zweigbahn von Reggio. Der Kaiserhof von Mexiko hat sein Urtheil über die Vorfälle in Caramanico gefällt. Es handelt sich um eine reaktionäre

Sache. Der Angeklagte waren 137, der Anklagepunkte 76, der Zeugen 503. Die Geschworenen hatten 1500 Fragen zu beantworten. Der Hauptangeklagte Colofella wurde zum Tode, die übrigen wurden, mit Ausnahme von 42, welche freigesprochen wurden, zu Zwangsarbeit verurtheilt.

**Turin, 22. Okt.** (S. M.) Garibaldi ist aus dem Fort Vignone nach La Spezia gebracht worden. In seinem Verstande ist eine kleine Besserung eingetreten, doch drücken die Blätter Besorgnisse aus.

**Turin, 23. Okt.** (W. L. B.) Der König hat die römische Deputation empfangen, welche die Hochzeitsgeschenke für die Prinzessin Pia nach Turin brachte. Die Deputation überreichte dem König eine Adresse, welche versichert, daß römische Volk werde mit aller Energie dahin wirken, daß Italien sein Recht verschaffe werde.

Zwischen dem Ministerium und Minghetti und Farini soll eine Verständigung in der römischen Frage stattgefunden haben.

**Korfu, 23. Okt.** In Missotanghi, Patras und anderen Orten von Morea sind Unruhen ausgebrochen. Die Kassen und Gefängnisse werden von dem Militär bewacht. Die Proklamation einer provisorischen Regierung wird heute erwartet.

**Marseille, 23. Okt.** Briefe aus Konstantinopel vom 15. besagen, daß die Armee auf den Friedensfuß gesetzt wird. Die Medis und Baschi-Bozucs werden entlassen. Nach Antiochia sind Transportschiffe abgegangen, um die kais. Garde nach Konstantinopel zurückzubringen. Die Bataillone aus Anatolien und Syrien kehren von Montenegro zu ihren betreffenden Korps zurück. Die rumelische Armee wird ein Kontingent zur Okkupation der schwarzen Berge stellen. Die türkische Regierung beschäftigt sich ernstlich mit der Reorganisation der Finanzen. Es ist die Rede von einem Auktionen zur Gründung einer Bank. In den Bieteln Tophane und Baskiatiam haben bedeutende Feuerbrünste stattgefunden.

## Entwurf

der Grundlagen eines zum Zwecke der dauernden Erfüllung und einer bessern Organisation des Zollvereins abzuschließenden Vertrages.

**Erster Abschnitt.** Grundlagen der Fortdauer und der Organisation. Art. 1. Für die Leitung aller Zollvereinsangelegenheiten wird eine permanente kollegialische Zentralverwaltung, mit dem Sitze in Berlin, unter der Benennung: „Direktorium des deutschen Zollvereins“ gebildet. Art. 2. Das nach der Verfassung der einzelnen Staaten bestehende Recht der Zustimmung ihrer Stände oder Volksvertretungen zu Gesetzen über Zölle und Abgaben, Handelsverträge oder sonstige Angelegenheiten des Zollvereins wird auf eine aus zwei Abtheilungen bestehende „Repräsentantenversammlung“ der zollvereinten Staaten übertragen. Art. 3. Der freie Verkehr im Innern, die Gemeinlichkeit der Zölle und der inneren Konsumtionsabgaben, die Verbesserung und die Sicherheit der

Interessen von Handel und Industrie im Innern und in internationalen Verhältnissen sind und bleiben die entweder erreichten oder zu erreichenden Ziele des Zollvereins.

Art. 4. Der Zollverein soll nicht mehr auf eine gewisse Zeitdauer beschränkt, sondern dauernd sein, dergestalt, daß seine Auflösung oder auch der Austritt eines Mitglieds nur unter folgenden Bedingungen statthaft ist: a) Der Antrag muß mindestens zwei Jahre vor dem beabsichtigten Zeitpunkt der Auflösung oder des Austritts bei dem Direktorium eingereicht werden; b) dieser Zeitpunkt muß so bemessen sein, daß die Auflösung, resp. der Austritt, nicht mit bestehenden internationalen Vertragsverpflichtungen kollidirt; c) der Antrag muß die Zustimmung einer Majorität des Direktoriums erlangen, wie solche in Art. 10 für die daselbst bezeichneten Gegenstände festgesetzt ist; d) außerdem bedarf der Antrag auch der Genehmigung der Repräsentantenversammlung, und zwar in jeder Abtheilung derselben mit einer Mehrheit von nicht weniger als zwei Dritteln der Abstimmenden.

Art. 5. Die noch nicht dem Zollverein angehörenden deutschen Bundesstaaten können als Mitglieder des Zollvereins aufgenommen werden, wenn dies von dem Direktorium nach der Bestimmung im Art. 4 sub c und von der Repräsentantenversammlung genehmigt wird. Als Mitglieder des Zollvereins im Sinne der vorstehenden Bestimmung werden diejenigen Staaten nicht betrachtet, welche — nur mit einzelnen kleinen Gebietsstücken in die Zolllinie des Zollvereins eintretend — nicht vermöge der Aufnahme an der Verwaltung des Zollvereins Theil nehmen sollen.

Art. 6. Es können auch die zum Deutschen Bund gehörigen Staaten, welche nicht Mitglieder des Zollvereins sind, als Zollverbündete aufgenommen werden. Dies Verhältnis findet statt, wenn zwischen jenen Staaten und dem Zollverein, unter Beibehaltung einer getrennten Verwaltung, eine Gleichmäßigkeit der Zölle und der Zollvereinsleistungen, verbunden mit gegenseitig volkreinem Eingang der Erzeugnisse des Bodens und der Industrie, als allgemeine Regel, die nur einzelne Ausnahmen erleidet, festgelegt wird; oder auch, wenn die Normen über Schifffahrt und Seehandel der Art gegenseitig identifizirt werden, daß die Schiffe und der Seehandel der nicht dem Zollverein angehörenden Staaten international so betrachtet werden, als wenn dieselben Mitglieder des Zollvereins wären. Die Aufnahme solcher Zollverbündeten geschieht nach dem in Art. 5 für die Aufnahme von Mitgliedern des Zollvereins festgelegten Bestimmungen.

**Zweiter Abschnitt.** Das Direktorium. Art. 7. Das Direktorium besteht aus zehn Mitgliedern, die von den Regierungen der Zollvereins-Staaten ernannt werden, und zwar: a) ein Mitglied von Preußen; b) ein Mitglied von Bayern; c) ein Mitglied von Sachsen; d) ein Mitglied von Hannover; e) ein Mitglied von Württemberg; f) ein Mitglied von Baden; g) ein Mitglied gemeinschaftlich von Kurhessen und Großherzogthum Hessen; h) ein Mitglied gemeinschaftlich von den jetzt im Zollverein dem Thüringischen Vereine angehörenden großherzoglich und herzoglich sächsischen, sächsisch-schwarzburgischen und reußischen Staaten; i) ein Mitglied gemeinschaftlich von Oldenburg, Braunschweig, Anhalt-Desau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schaumburg-Lippe und Waldeck; k) ein Mitglied gemeinschaftlich von Nassau, Luxemburg und Frankfurt a. M. Für die gemeinschaftlichen Ernennungen (g, h, i, k) werden — vorbehaltlich besonderer beschlüssiger Einigung der betreffenden Staaten — folgende Regeln angewendet. Das Ernennungsrecht alternirt von fünf zu fünf Jahren. Dieses Recht wird übertragen: ad h für die Thüringischen Vereinsstaaten benannten beiden, welche die stärkste Bevölkerung haben; ad i an Oldenburg und Braunschweig, ad k an Nassau und Frankfurt a. M. Die Regierung, welcher das Recht der Ernennung zugehört, wird jedoch vorgängig sich darüber mit den Regierungen der anderen Staaten, welche ebenfalls durch das

## Die Eisenbahn von Karlsruhe nach Marx.

(Fortsetzung aus Nr. 250.)

Die Stützungsverhältnisse der Bahn sind für den Betrieb günstig, denn die Bahn liegt auf 13920 Fuß horizontal, hat auf 11333 Fuß Länge so unbedeutendes Gefälle, daß es für den Betrieb fast der Horizontalen gleich kommt, und ist nur das Gefälle durch das v. Seibensche Cur mit 0.36 Prozent auf 1489 Fuß Länge und durch das Rheinbochgebirge bei Knieleiten mit 0.6 Prozent auf 1140 Fuß Länge von einiger Bedeutung.

Was wir aber bei der Richtung der Bahn von den Kirchthurmlinien gelöst, findet auch seine Anwendung hier bei den Gefälleverhältnissen, und nehmen diejenigen Stellen, die in starrer Konvexität und unbedeutend um die Wellenform des unter ihnen liegenden Geländes als „Kernpunkte“ benannt, keinen unbedeutenden Platz in dem Linieneck der Eisenbahn-Angelegenheit ein, da dieser Liehaberer zweifels ohne ungeheure Summen gekostet worden sind.

Die Karlsruhe-Marxbahn hat sich von dieser kostbaren Erde frei zu halten und sich so wenig als möglich von ihrer Muttererde zu entfernen gesucht. Gegenfälle sind daher grundlagmäßig zugelassen worden, so weit dies ohne Nachtheil für den Betrieb möglich war. Nichtsdestoweniger aber waren einige bedeutendere Einschnitte und Auffüllungen nicht zu vermeiden, und erreichte der Bahndamm in der Rheiniederung eine Höhe von 15 Fuß, im Rheinhafen sogar eine Höhe von 20 Fuß, und ist die Bahn im Hochgebirge bei Knieleiten bis zu 15 Fuß eingeschnitten.

## Charakteristika d. g. g.

Hier sei nur kurz bemerkt, daß die südliche Eisenbahn das Schicksal aller Eisenbahnen, selbst die über die Linenburger Gänge nicht aus-

genommen, theilt, das kostbare Schicksal nämlich, stets durch das vortheilhafte Gelände zu gehen.

Es ist erbaulich, was die Wälder, Büsche und Mäuer der Anlage der südlichen Eisenbahn für Rangirungen zu veranlassen haben. Jeder wurde mit ungläubiger Schnelligkeit zum Range von Hauptplätzen erhoben; Wälder verandelten sich mit einem Zauberschlage in die prächtigsten Gärten; die Obstbäume, selbst die Holzäpfel nicht ausgenommen, hängen an sich unter dem Segen des höchsten Obdies zu beugen; selbst der Hartholz ermannt sich zu einem höheren Ertrag und widerlegte glänzend die Verleumdung, daß die Eichen durch die Restifikation des Rheines und die Entzung des Horizontalwässers ihrem Verderben entgegen gingen. Die Straßendörfer bedeckten sich mit dem süßlichen Grase, selbst der Ackerbau mit seiner Wasserflut will bei dem allgemeinen Anstrome nicht zurückbleiben und möchte auch etwas werth werden. Geht die Eisenbahn durch Acker mit leichtem Boden, so wäre es der Gemeinde lieber gewesen, sie wäre durch ihre schweren Acker gegangen; durchschneidet sie die schweren Acker, so ist im Allgemeinen Gemeindefamulus, daß sie nicht durch die leichteren geht. Die Knieleiten hätten, wenn die Eisenbahn südlich vom Dorfe vorübergegangen wäre, ihr Wiesengelände um so nützlicher hergegeben, aber so, gerade durch ihr Vieh, ist es himmelstreichend. Warum gerade durch den Acker? Naht ein unheimlichster Feldbesitzer, jeden andern Acker hätte ich um ein Spottgeld hergegeben zum Besten der Stadt, nur den nicht, den einzigen von Allen, auf dem wollte ich eine Bierbrauerei errichten, oder einen Garten anlegen. Bei Knieleiten steht neben der Eisenbahn ein wasserleeres Brunnen, der für keine Trockenheit auch aus der Eisenbahnstange entschädigt werden wollte; doch er, sich dieses für einen Brunnen allerdings nicht bereitenwerthen Zustandes schon seit mehr als 20 Jahren erfreut. Wie viel oder wie wenig für Erwerbung der Güter bezahlt werden mußte, wollen wir mit Rücksicht auf die Bescheidenheit der armen nütigen Güterbesitzer vorerst verschweigen.

## Konstruktionsystem und Ausführung.

Der Bahnbauer mit seinen Kunstbauten ist für zwei Gattungen angelegt, vorerst jedoch nur ein Geleise angeführt worden. Das das Konstruktionsystem betrifft, so wäre es für so ein kleines Ding, als die Rheinbahn ist, unbeschrieben und ammaßend gewesen, geschiedet sein zu wollen, als keine lange Mähmutter, die Rheinbahn, und hat deshalb die Konstruktion vieler Belastungen und vieler Abreden im gutem Glauben beibehalten. Nur bezüglich des Fundamentes des Geleises hat die Rheinbahn sich eine kleine Selbständigkeit erlaubt, die ihr verziehen werden möge. Sie hat nämlich bei Herstellung des Fundamentes sich von dem kostbaren Schotter aus geschlagenen Steinen emanzipirt und lediglich Rheinkies oder Kies, wie er sich in den Einschnitten vorfindet, verwendet. Da der Kies nur 25 fl., der Schotter aber 100 fl. per Kubikfuß kostet, so hat der Rheinbahn dieser kleine Eigenbau eine Ersparnis von etwa 20000 fl. eingetragen und hat sie dadurch bewiesen, daß ihr die bei Eisenbahnen so seltene Tugend der Sparsamkeit nicht ganz fremd ist. Das, aber, Kies ein vorzügliches Bettungsmaterial ist, zeigt der Augenschein, und wird hoffentlich nunmehr dieser lange Bekannte und Betachtete besser zur Geltung kommen, namentlich dann aber, wenn die Eisenbahn ebenies durch das treffliche Kiesgelände geht. Die Dimensionen der Dämme, sowie die Konstruktion des Oberbaues sind ganz die gleichen, wie bei der Rheinbahn, die Dämme sind aus dem für diesen Zweck vortheilhaftesten Material, aus Sand und Kies, aufgeführt. Das Sprichwort: „er hat auf Sand gebaut“ wird bei den Eisenbahndämmen zu Schanden, vielleicht auch sonst noch. Das mag die ängstlichen Gemüther beruhigen, die meinen, es werde mit dem Gelde der Stadt übel gehandelt und das werde eine laubere Eisenbahn geben, denn sie hätten selber gesehen, daß man die Dämme aus grauem Sande herstelle.

(Fortsetzung folgt.)

zu ernennende Mitglied repräsentiert werden, benehmen, um thätigst ein Einverständnis mit ihnen zu bewirken.

Art. 8. Jedes Mitglied, auch wenn dasselbe für mehrere Staaten fungiert, hat nur eine Stimme. Den Vorsitz führt das Mitglied für Preußen, in Abwesenheit oder Verhinderung desselben das Mitglied für Bayern. Der Vorsitzende hat den Geschäftsgang zu leiten. Die Ausfertigungen von Beschlüssen und Erlässen des Direktoriums werden von dem Vorsitzenden und zwei andern Mitgliedern vollzogen. Der formelle Abschluss und die Ratifikation internationaler Verträge geschehen Namens und in Vollmacht der Zollvereins-Staaten von der preussischen Regierung, insofern nicht durch einen nach den Bestimmungen des Art. 10 zu fassenden Beschluss andere Zollvereins-Regierungen hiefür bestimmt werden.

Art. 9. Die Beschlüsse werden — vorbehaltlich der Bestimmungen im Art. 10 — nach absoluter Majorität der Stimmen gefasst; jedoch soll für Entscheidungen über Ausführung von Zollvereins-Gesetzen, insbesondere über die Anwendung von Zoll- oder Abgabebefehlen, auch bei Gleichheit der Stimmen diejenige Stimmenzahl als Beschluss gelten, in welcher die Stimme des Vorsitzenden enthalten ist.

Art. 10. Wenn beschlossen werden soll: a) über die Verallgemeinerung von Konjunktionsabgaben, die bislang nur in einzelnen Gebiets-theilen des Zollvereins erhoben wurden, sowie überhaupt über dergleichen für den Zollverein zu erhebende Abgaben; b) über die Aufstellung und Ernennung von Konsuln des Zollvereins; c) über den Abschluss von Handelsverträgen; d) darüber, ob ein dem im Art. 3 bezeichneten Zwecke entsprechender, bisher nicht der Verwaltung oder Gesetzgebung des Zollvereins angehöriger Gegenstand als solcher aufgenommen und behandelt werden soll — so ist ein Beschluss erforderlich, der nicht weniger als zwei Drittel der Stimmen dergestalt erlangt hat, daß die abstimmende Majorität aus Mitgliedern für Staaten besteht, die zusammen keine geringere Einwohnerzahl haben, als zwei Drittel derjenigen des ganzen Zollvereins. Diese Bestimmung gilt, ebenfalls für die in den Art. 4, 5 und 6 vorgesehenen Fälle und für den im Art. 8 vorgesehenen Beschluss.

Art. 11. Die Mitglieder des Direktoriums vertreten ohne Berufung auf die Instruktionen der von ihnen vertretenen Regierungen, und sollen sich nicht wegen Mangels solcher Instruktionen der Abstimmung enthalten dürfen. Es kann aber, entweder auf Anordnung des Vorsitzenden, oder in Folge eines Beschlusses des Direktoriums, die Abstimmung über einen vorliegenden Gegenstand vertagt werden, jedoch auf keine längere Zeit, als vier freie Tage.

Art. 12. Das Direktorium hat die obere Leitung aller Zollvereins-Angelegenheiten; insbesondere liegt demselben auch ob, eine gleichmäßige Anwendung der für den Zollverein geltenden Verordnungen und Gesetze zu erwirken. Durch eine Geschäftsordnung oder auch durch besondere Beschlüsse werden den einzelnen Mitgliedern die von ihnen speziell zu bearbeitenden Gegenstände überwiesen. Das Recht der Initiative zu Gesetzen des Zollvereins wird ausschließlich dem Direktorium vorbehalten.

Art. 13. Die für den Zollverein ergehenden Anordnungen des Direktoriums, sowie die von demselben mit der Repräsentantenversammlung vereinbarten Gesetze werden den betreffenden Regierungen mitgeteilt, welche dieselben alsbald amtlich zu publiziren haben. Abgesehen von dieser Publikation, wird das Direktorium in einem unter seiner Aufsicht stehenden „offiziellen Zollvereins-Blatte“ seine Entscheidungen oder Anordnungen, sowie die Gesetze des Zollvereins und überhaupt die für die Öffentlichkeit geeigneten Vorkommnisse und Verwaltungsergebnisse zur allgemeinen Kenntniß bringen. (Schluß folgt.)

## Deutschland.

**Frankfurt, 23. Okt.** Die heutige Bundestages-Sitzung war vollzählig; nur Dänemark fehlte und war durch Lauenburg vertreten. Für Braunschweig-Rassau wurde Hr. v. Breidenbach-Burresheim eingeführt. Die Verhandlungen boten nur wenig Interesse. Großherzogtum Hessen ließ zur Anzeige bringen, daß es die hier zusammen tretende Kommission für Patentgesetzgebung beschiden werde. — Sonderhausen machte die offizielle Mitteilung, daß es das Handelsgesetzbuch eingeführt habe. Schließlich Festungsangelegenheiten und Privatreflamationen.

Mar Wirth ist von der Redaktion des „Rheinischen Kuriers“ (die er übrigens nur nominell geführt hat) zurückgetreten.

**Stuttgart, 22. Okt.** (Bayr. Z.) Se. Maj. der König leidet seit einiger Zeit wieder an hartnäckigem Husten, und deshalb haben die Aerzte demselben den Aufenthalt in einem südlichen Klima während der Wintermonate angerathen. Wahrscheinlich wird Nizza den Vorzug erhalten, und die Abreise Anfangs November erfolgen.

**Augsburg, 22. Okt.** Gestern Abend fand, der „Angsb. Z.“ zufolge, auch dahier, und zwar im Saale des Gasthauses zu den „drei Königen“, eine Vorberatung für Gründung eines großdeutschen Vereins in Augsburg statt, zu welcher die H. Hofrath Dr. v. Kerstorf, Forster und Paur eingeladen und die beiden Ersteren erschienen waren. Hr. Hofrath v. Kerstorf legte in längerer Rede die politische Lage der Gegenwart auseinander und billigte das Vorhaben der Gründung großdeutscher Vereine, rief aber an, die wirkliche Konstituierung des Vereins erst nach der Zeit der Frankfurter Versammlung einzutreten zu lassen und so viel möglich den Einklang mit dem Münchener Verein zu bewahren.

**München, 22. Okt.** Man schreibt dem „Nürnberger Korresp.“: „Aus verschiedenen Anzeichen will man hier schließen, daß die Ansichten, welche Hr. Hansemann am Handelsstag hier vertrat, auch die Ansichten des Königs von Preußen sind. Bestätigt sich diese Annahme, für welche man mehr denn einen Grund hat, so dürfte die Hoffnung, daß eine Verständigung in der Zollvereins-Frage angebahnt werde, wohl bald in Erfüllung gehen.“ [Besonders hatte auch die „Süddeutsche Ztg.“ ein ähnliches Gerücht gebracht, aber sofort widerlegt.] — Von hier werden Bürgermeister v. Steinsdorf, Ministerialrath Dr. Weis, Rechtsrath Bahner, Advokat Ruhwandel, Doktor v. Redwig, Kaufmann und Magistratsrath Faulstich, Bauath Eben, Staatsrath Wydenbrugl u. m. A. zur großdeutschen Versammlung nach Frankfurt gehen.

**Darmstadt, 22. Okt.** (Südd. Ztg.) Auch bei der letzten Wahl, zu Höchst im Odenwald, siegte die Fort-

schrittspartei, indem Advokat v. Webedin zum Abgeordneten gewählt wurde.

**Altenburg, 21. Okt.** (R. Z.) Die in Folge der mit Preußen abgeschlossenen Militärkonvention zu Kommandeuren der beiden Bataillone des hiesigen Kontingents ernannten königl. preussischen Offiziere, Major Beyer von Rarger und Major v. Gilsa, sind nunmehr eingetroffen.

**Aus Thüringen, 21. Okt.** (R. Z.) Das Programm für die deutschen Handwerkervereine, welche nach dem Beschluß des weimariischen Handwerker-tages überall errichtet werden sollen, bestimmt die Pflichten dieser Vereine dahin:

1) Wahrung aller Interessen des deutschen Handwerkerstandes in Verbindung mit der nun in mehreren Staaten eintretenden Gewerbe-freiheit. 2) Erhebung des Handwerkerstandes durch allgemeine gewerbliche Vorträge, durch die Presse und durch Errichtung einer Bibliothek. 3) Gründung einer „allgemeinen Handwerker-Witwen-Pensionskasse“.

**Hannover, 22. Okt.** (R. Z.) Ueber den Münchener Handelsstag vernimmt man von rückkehrenden Deputirten viele Einzelheiten. Auf die Hannoveraner wagten die Freunde des Handelsvertrags gar nicht zu zählen, und in der That geschah auch alles Mögliche, um dieselben für das andere Lager zu gewinnen. So wurden bald nach ihrem Eintreffen in München die sämtlichen Hannoveraner zu einer „Besprechung der hannoverschen Abgeordneten“ in das Hotel „Leinesfelder bestell“. Natürlich folgte man der Einladung, war aber nicht wenig erkraunt, in der Versammlung die beiden hannoverschen Regierungskommissäre vorzufinden, den Generalsekretär des hannoverschen Finanzministers, Geh. Finanzrath v. Klend, und den Regierungsrath Schow, die sich Beide auf das Lebhafteste gegen den Handelsvertrag erklärten und die Anwesenden zu einem Votum in diesem Sinne zu bestimmen suchten. Hr. v. Klend war sogar mit seinen sämtlichen Akten versehen, und erbot sich, durch Einsicht derselben einen Jeden der Anwesenden von den Nachtheilen des Handelsvertrags und von der Rücksichtslosigkeit Preußens überzeugen zu wollen. Einer der anwesenden Deputirten hatte so viel Takt, gegen die Anwesenheit von Regierungskommissären bei derartigen Vorberatungen zu protestiren, worauf Hr. v. Klend ziemlich verlegen erklärte, daß es keineswegs in seiner Absicht gelegen habe, die Abstimmung zu beeinflussen.

**Berlin, 22. Okt.** Die „Stern-Ztg.“ nimmt heute Veranlassung, die Anlage wegen zu strengem Vorgehens gegen die Presse, wie solches in der jüngsten Woche zu Tage getreten sein soll, in einem Artikel zurückzuweisen, der mit folgenden Sätzen schließt:

Die Staatsregierung ist weit entfernt, die Freiheit der Presse über das Maß der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus zu beschränken; dagegen ist es ihre Pflicht, auf die Beobachtung mit Ernst zu halten. Wie wenig einer freien Diskussion an und für sich Schranken auferlegt sind, ja wie schon die Behörden fortwährend verfahren, davon gibt der Inhalt der zirkulirenden demokratischen Blätter und ein Vergleich derselben mit den Bestimmungen des Strafgesetzes täglich Zeugniß.

Auf Requisition der königl. Staatsanwaltschaft wurde heute durch Beamte der Kriminalpolizei in der Druckerei der Berliner „Volkszeitung“ eine Nachforschung nach dem Manuscript des Leitartikels: „Hr. v. Roon und die Zeitungen“ (in der konfiszirten Nummer 216 enthalten) angestellt. Die Nachforschung hatte kein Resultat.

In Berliner Briefen finden wir jetzt Näheres über die Vermittlungsvorschläge, welche Carl J. Russell in seiner schon öfter erwähnten Depesche an das Kopenhagener Kabinett hat gelangen lassen. Sie fallen mit den Forderungen der deutschen Mächte so ziemlich zusammen, und daraus mag es sich leicht erklären, daß sie von Dänemark kurzer Hand als „völlig unannehmbar“ zurückgewiesen worden sind. Zunächst stimmen die englischen Vorschläge darin mit den Forderungen der deutschen überein, daß sie gleichfalls die Aufhebung der Gesamtstaatsverfassung von 1855 verlangen. Auch in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg sollen die Forderungen des Deutschen Bundes erfüllt werden. Schleswig endlich soll eine selbständige Stellung erhalten, die ihm das Recht sichert, seine eigenen Angelegenheiten in Bezug auf die Sprachverhältnisse, Kirche und Schule durch die Beschlüsse seiner Ständeversammlung zu ordnen. Hinsichtlich der gemeinsamen Reichsangelegenheiten soll für einen längeren Zeitraum ein Normalbudget mit den Repräsentativversammlungen der vier Landestheile festgesetzt und etwa erforderliche Zuschläge zu demselben auch von der Zustimmung dieser einzelnen Landesvertretungen abhängig gemacht werden.

**Berlin, 22. Okt.** Ueber das Zustandekommen der Ergebenheits-Adressen bringt die „Weiserz.“ folgende Notiz von hier: Der preussische Volksverein ist sehr gut organisiert, der ganze Apparat ist von ihm in Szene gesetzt. Hervorragende Mitglieder des Vereins werden von hier aus zu Führern designirt und diese wieder schaffen Unterschriften und Figuranten, welche bei der Ueberreichung assistiren. Nach der Audienz erfolgt dann eine Berichterstattung bei der hiesigen Volksvereins-Zentralstelle und hier werden die Antworten des Königs aus der Erinnerung der Drogenzungen niedergeschrieben, und dann dem Organ der Deputationen, der „Kreuzzeitung“, zum Druck übergeben. — Der Gutsbesitzer v. Zena hat am Jahrestage der Schlacht zu Leipzig auf seinem Gute bei Birnbaum eine Art „Volksfest“ veranstaltet, dessen Zweck es war, Unterschriften zu einer Ergebenheitsadresse zu sammeln. — Aus Rumburg wird mitgeteilt, daß daselbst bei Gelegenheit eines patriotischen Festes am 18. Oktober ein Votenmeister den Gästen eine Ergebenheitsadresse zur Unterschrift vorlegte und schließlich auch die servirenden Kellner ersuchte, mit zu unterzeichnen. — Den „H. N.“ zufolge gibt man sich in gewissen politischen Kreisen große Mühe, den Geh. Rath Max Duncker aus seiner einflussreichen Stellung (beim Kronprinzen) zu verdrängen. — Die neulich erfolgte polizeiliche Beschlagnahme der Nr. 240 der „Magdeburger Ztg.“ (wegen zweier Korrespondenzen aus Berlin) ist auf Beschluß des Kreisgerichts zu Magdeburg wieder aufgehoben worden.

**Berlin, 23. Okt.** Die Abreise des Frn. v. Bis-

marck nach Paris wird wahrscheinlich morgen Abend erfolgen. Das von mehreren Blättern verbreitete Gerücht, in dem letzten Kabinetssitze seien in Bezug auf die Militärfrage wichtige Beschlüsse gefasst worden, erweist sich als grundlos. Erst nach der Rückkehr des Kriegsministers von seiner Urlaubsreise stehen nähere Verhandlungen über diese Frage zu erwarten. Namentlich werden dann eingängliche Erörterungen über den Entwurf eines Wehrpflichtigkeitsgesetzes stattfinden. — Einige Blätter nennen jetzt verschiedene Persönlichkeiten als Kandidaten für das erledigte Handelsministerium. Wie uns versichert wird, gehören alle diese Kandidaturen dem Gebiet der leeren Vermuthung an. Seit dem Eintritt des Ministers Grafen v. Igenplig in die interimistische Verwaltung des Handelsministeriums sollen in Betreff der definitiven Wiederbesetzung dieses Ministeriums überhaupt noch keine Unterhandlungen wieder im Gange gewesen sein. — Der diesseitige Gesandte am l. niederländischen Hofe, Graf v. Drisola, ist heute aus dem Haag hier eingetroffen, um an dem morgen Mittag hier stattfindenden feierlichen Leichenbegängniß seines in Breslau verstorbenen Bruders, des Generalleutnants Grafen v. Drisola, Theil zu nehmen. Die Leiche des Verewigten kommt morgen Vormittag von Breslau in Berlin an.

**Erfurt, 22. Okt.** Am 20. d. fand hier eine sehr zahlreiche Nationalvereins-Versammlung statt, in welcher Fries den Vorsitz führte und Schultze die Leitung in ausführlicher, von der „Thüring. Ztg.“ mitgetheilten Rede die deutsche Frage und die inneren Zustände Preußens erörterte. Er sagte:

Preußens Gebiet wurde 1815 in zwei Hälften getheilt, wodurch verschuldet wurde, daß Preußen zu groß zum Kleinstaat und zu klein zum Großstaat ist. Ich glaube gerade, diese Unzulänglichkeiten weisen Preußen seine rechte Stelle an: eben weil es nicht in sich bedingt sein kann, muß es nach Bollendung aufhören; Preußen kann nur groß sein in und mit Deutschland; es ist in sich unzeitig, damit Deutschland fertig werde, und das ist die Mission Preußens. Ja, wir haben eine große Geschichte hinter uns, während die Mittelstaaten nicht im Stande waren, Geschichte zu machen. Seien wir uns aber dessen bewußt, daß diese Anläge nicht zur Bollendung kommen ohne den nationalen Gedanken; nur der deutsche Geist des einzigen Deutschlands und Preußens an seiner Spitze kann die geschichtliche Mission zum Abschluss bringen. Deutschland in uns und Preußen in Deutschland, Deutschland für immer, das ist die beste preussische Devise.

**Insterburg, 20. Okt.** Ueber den seiner Zeit mitgetheilten Beschluß des hiesigen Kreisgerichts, welcher die Freilassung des Redakteurs D. Hagen verfügte, hat das Kommando der ersten Division zu Königsberg Beschwerde geführt, und das hiesige Appellationsgericht ist derselben in einer Resolution beigetreten, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Die in dem Beschlusse und in dem Bericht vom 10. d. M. angeordnete, neuerdings in der Presse vielfach vertretene Ansicht, daß die in §. 312 der Kriminalordnung gegen verurtheilte Zeugen vorgesehene Maßregel eine Strafe sei, und als solche nicht über das Maß der Strafbestimmungen hinaus ausgeübt werden dürfe, welche durch das verweigerte Zeugniß betroffen wird, findet in den gesetzlichen Bestimmungen nirgend einen genügenden Anhalt. Das Verfahren stellt sich vielmehr lediglich als ein Zwang gegen den Zeugen zur Ueberwindung seiner Keuzigkeit heraus. In Ermangelung gesetzlicher Bestimmungen ist die Haft ohne Beschränkung auf eine bestimmte Dauer fortzusetzen, bis die Untersuchung führende Behörde ihre Aufhebung für angemessen erachtet oder ihr Zweck sonst erfüllt. Daß nach der Lage des konkreten Falls dem Redakteur Hagen seine Haft vermindernsrechtliche Vortheile gebracht hat und letztere und der Fortsetzung der Haft für ihn in noch erweitertem Umfang zu erwarten sein möchten, kann selbstverständlich in der Anwendung des bestehenden Gesetzes nichts ändern. Das königl. Kreisgericht hat deshalb schleunigst gegen den Redakteur Hagen, falls er sein Zeugniß noch ferner verweigern sollte, in Gemäßheit §. 312 der Kriminalordnung einzuschreiten, und seine Behandlung eint., nachdem er zur Haft gebracht worden, nach den Bestimmungen der §§. 31 ff. der Gefängnisinstruktion vom 24. Oktober 1837 zu regeln. Insterburg, 14. Okt. 1862. Königl. Appellationsgericht, Kriminalsenat. (gez.) Urban.

Hr. Hagen hat sofort über diese Resolution bei dem königl. Obertribunal Beschwerde geführt; der Termin zur nochmaligen Vernehmung des Frn. Hagen steht aber bereits am 22. d. M. an.

**Wien, 20. Okt.** Die „Presse“ schreibt: „Zahlreich wie selten bisher, versammelten sich heute die Mitglieder des Herrenhauses nach neuwöchentlicher Unterbrechung wieder zu einer Plenarsitzung. Leider hat die lange Pause nicht dazu beigetragen, die Stimmung dieses Hauses zu verändern. Daß Graf Thun es für nöthig hielt, noch einmal die Inkompetenz zur Budgetberatung auszusprechen, mag ihm zur Feier des Jahrestages des Diploms allenfalls noch verziehen werden; aber daß die Majorität starr in ihrer Tendenz verharret und selber, während sie dem Abgeordnetenhaus die bedeutendsten Transaktionen zumutet, nicht die geringste Nachgiebigkeit zeigt und nicht die Hand zur Verständigung bietet, — das ist eine böse Konstellation für unser junges Verfassungsleben. Es handelte sich bei den heutigen Abstimmungen (eine Beratung kann man es kaum nennen) um die Ausgleichung der zwischen den beiden Häusern noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das Finanzgesetz für 1862. Ausgenommen die unerheblichen Differenzen, die zum Theil auf Rechnungsverhältnissen beruhen, zum Theil durch Zugeständnisse der Regierung ausgeglichen sind, beharrte das Herrenhaus durchgehend auf seinen, von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses abweichenden Resolutionen. An sich würde das nicht viel zu bedeuten haben, denn da das Abgeordnetenhaus Streichungen (bei den Bezügen des Vorkaufers in Rom und des Militärbevollmächtigten in Frankfurt) vorgenommen hat, so fehlt dem Ministerium für die gestrichenen Ausgaben die Zustimmung der Reichsvertretung, selbst wenn das Herrenhaus sich gegen die Streichung und für die Bewilligung ausspricht. Allein nach der konstitutionellen Theorie, die Graf Harig heute postulierte, wäre eine Streichung nur dann legal, wenn beide Häuser übereinstimmen und die Krone den Beschluß sanktionirt. Man sieht auf den ersten Blick, daß das die Doktrin der preussischen Herrenhaus-Majorität mit Bismarck-Schönhausen an der Spitze ist, und wohin das führt, sehen wir eben in Preußen.“ Nach

einer ausführlichen Erörterung der hier in Frage kommenden Rechtsfrage führt die „Presse“ wie folgt fort: „Um des speziallen Falles willen könnte das Abgeordnetenhaus allerdings nachgeben, da es jetzt, wo nur noch zehn Tage aus dem Verwaltungsjahre trennen, ohne praktische Bedeutung ist, ob für den Botschafter in Rom und den Militärbevollmächtigten in Frankfurt das Plus, das sie doch bereits ausgezahlt erhalten haben, bewilligt wurde; allein dieselbe Frage wird für das neue Budget, das nun auf die Tagesordnung kommt, wiederkehren, und um des Prinzips willen, eines Prinzips, dessen Wahrung so eben in Preußen eine gewaltige Verfassungskrise heraufbeschworen hat, wird der Streit, auch wenn es gleichgültig wäre, wie nun das Finanzgesetz für 1862 in Stande kommen soll, ausgetragen werden müssen. Wie — das wird die Weisheit des Herrenhauses und die Festigkeit des Abgeordnetenhauses lehren.“

**Wien, 22. Okt.** Der Finanzausschuss für 1862 hielt gestern Abend eine Sitzung, die, wie dem „Fremdenblatt“ mitgeteilt wird, zu den stürmischsten zählt, die bisher stattfanden. Es handelte sich um die Nachtragsforderung von 3 Millionen für die Marine. Die ganze Forderung scheint nicht vollständig begründet, und die Art und Weise, wie diese 3 Millionen verausgabt wurden, sowie die Ursache, warum die Veranschlagung erst als Nachtragsforderung vor das Haus gelangte, nicht vollständig aufgeklärt. Es fielen bittere und scharfe Worte, und der Tadel gegen den gegenwärtigen Marineminister und gegen die ganze Gebarung ward in so herben Ausdrücken ausgesprochen, daß das genannte Blatt Anstand nimmt, dieselben wiederzugeben. An der Debatte nahm die Mehrzahl der Mitglieder des Finanzausschusses Theil; es sprachen die Abgeordneten Herbst, Bisra, Stamm, Stene, Schindler, Lintl, Kinsky, Eiseleberg, Wieser u. s. w. Selbst der letztgenannte Abgeordnete, bekanntlich einer der mildesten Redner, soll diesmal in seinem Unmuth über die ganze Angelegenheit die schärfsten Ausdrücke gebraucht haben. In der Sitzung waren die Minister Pleuer und Widenburg, Contre-Admiral Wissiat und ein Oberkriegskommissar anwesend. Der Antrag des Grafen Kinsky, den ganzen bei der Nachtragsforderung beobachteten Vorgang als nicht verfassungsmäßig zu bezeichnen, wurde mit großer Majorität angenommen und Herr v. Eiseleberg als Berichterstatter aufgestellt; die Nachtragsforderungen einer genaueren Untersuchung zu unterziehen und nochmals Bericht zu erstatten.

### Italien.

**Turin, 20. Okt.** In einem Schreiben des Dr. Prandina über den Zustand Garibaldi's heißt es:

„Daß die Kugel noch in der Wunde steckt, wurde allgemein bezweifelt; es ist jedoch wahrscheinlich, daß sie noch darin ist, obgleich bis jetzt Niemand entdecken konnte. Ich bin mehr für, als gegen diese Ansicht; indessen stimmen alle Aerzte, die den berühmten Kranken besuchten, darin überein, daß die Operationen und Versuche zur Auffindung der Kugel mehr geschadet als genützt hätten. Eine Knochenschnittung öffnen, um das Problem des Vorhanden- oder Nichtvorhandenseins eines Körpers zu lösen, der sehr unheilbar an dem Orte, an dem er sich festgesetzt hat, bleiben kann, wäre die widerwärtigste chirurgische Operation.“

Wie jetzt haben die Professoren Porta von Pavia, Bannetti von Florenz, Nizzoli von Bologna, Ghislini von Mailand, Patridge aus London, Tommasi von Pisa und die Aerzte, welche den General pflegen, diese Ansicht getheilt. Es kann der Fall sein, daß die Kugel zum Vorschein kommt und die Gelegenheit zum Herausziehen geeignet ist; ich würde indessen entgegengesetzter Ansicht sein, aber meine Ansicht wird immer in letzter Linie und unter der der Meister in der Kunst stehen.

Was eine neue Konsultation betrifft, so sage ich offen, daß sie bald stattfinden wird, da die auf uns lastende Verantwortlichkeit zu groß ist. Aber jetzt schon erkläre ich, daß ich mein Möglichstes thun werde, damit Porta und Nizza an derselben Theil nehmen, denn ich habe wichtige Gründe hierfür: Porta ist der erste Wundarzt Europa's (I). Porta und Nizzoli wurden von der Regierung gewählt und von dem General angenommen. Bannetti und Tommasi werden nicht fehlen. Der Erste ist ein Licht der Wissenschaft; der Zweite ist dem General sehr angenehm, weil er den Feldzug von 1860 mitgemacht hat. Bannetti hat ihn bereits dreimal gesehen und Tommasi zweimal; die ihn bereits gesehen haben, können folglich auch ein kompetenter Urtheil abgeben, als die Andern. Uebrigens wird Jeder, der sich bei der Konsultation einstellt, willkommen sein. Alles, was bis zum heutigen Tag geschehen ist, wurde von Allen, ohne Unterschied, angenommen; noch mehr, man hat die Aerzte angemerkt, die Behandlung ganz in derselben Weise fortzusetzen. Dies ist gegenwärtig mein einziger Trost. Dr. Prandina.

Die „Patrie“ meldet von La Spezia, daß sehr bedenkliche Gerüchte über Garibaldi's Befinden im Umlauf sind. Die Geschwulst nehme auf der einen Seite zu, auf der andern ab; er sei auch geistig sehr angegriffen, und habe einen unmäßigen Appetit, der zu sehr gegen seine Magerkeit abstehe, als daß man nicht Schlüßes befürchten müsse. Engländer hätten neulich in La Spezia ein Mahl veranstaltet, dem Menotti Garibaldi und die Abgeordneten Fabrizzi und Morbini beigewohnt hätten. Nach Tisch habe man die Bedienten hinausgeschickt.

### Frankreich.

**Paris, 23. Okt.** Die „France“ veröffentlicht heute Abend folgende Mittheilungen: „Fürst de la Tour d'Auvergne wird Samstag nach Berlin abreisen, um dem König von Preußen seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Vor der Reise nach Rom wird dieser Diplomat nochmals nach Paris kommen, um seine Befehle zu empfangen. Es scheint gewiß, daß Dr. v. Sarrigot beauftragt werden wird, von der italienischen Regierung die Bestimmung zu dem Auslöschungsplan zu fordern, welchen der Fürst de la Tour d'Auvergne in Rom unterzügen wird. Dieser Auslöschungsplan würde, wie man versichert, dem Schreiben des Kaisers vom 20. Mai entsprechend, das Anerbieten der Garantie des päpstlichen Gebiets durch Europa erneuert und sohin unbedingt das System der italienischen Einheit mit Rom als Hauptstadt verwerfen.“ Uebrigens macht man sich in Turin selbst keine Illusionen mehr, und es scheint, daß man

sich mit dem Gedanken, eine andere Stadt — etwa Florenz — provisorisch als Hauptstadt zu wählen, mehr und mehr vertraut macht. — Die neuesten Nachrichten aus Italien bestätigen, was wir bereits über den hoffnungslosen Zustand Garibaldi's gemeldet. Während sich Bildhauer, Modelierer, Maler und Photographen in das Haus des Generals drängen, um mit der Bereuung seiner Jüge eine gute Spekulation zu machen, beräth Kattazzi bereits mit den Truppenchefs wegen der Maßregeln zur Unterdrückung etwaiger Unruhestörungen bei dem eintretenden traurigen Ereignisse, und hat die Emanzipationsgesellschaft zu Genua bereits beschloffen, für diesen Fall die Präsidentschaft auf Menotti Garibaldi zu übertragen. Die „Patrie“ sagt heute über diese Angelegenheit: Die Aktionspartei scheint ihre Hauptführer nach La Spezia geschickt zu haben, wo sie sich durchaus nicht geniren, vor der Nase der Polizei Verathungen zu halten. Kattazzi scheint bei Alledem entschlossen, sein Vorhaben nur im äußersten Fall fahren zu lassen; er wird es versuchen, sein Kabinet durch Agazio (an Stelle des Generals Durando) zu verstärken. — Der Kaiser und die Kaiserin werden am 2. Novbr. nach Compiègne abreisen, wo sie bis zum 4. Dezbr. zu bleiben gedenken; doch wird der Kaiser am 15. Nov. zur Einweihung des Boulevard du „Prince Eugène“ nach Paris kommen. — Eine vielbesprochene Jagdpartie bei Rothschild, mit welcher man Haufe machte, fand heute nicht statt und scheint auf unbestimmte Zeit verschoben. Da jedoch auch die Bank von England ihren Diskont nicht erhöht hatte, so war es bei der einmal bewirkten Bewegung der Leitern des Marktes leicht, die Haufe fortzusetzen. Rente stieg bis auf 71.90, der Rob. Credit auf 1250, ital. Anl. auf 73.45.

### Dänemark.

Baron v. Dirdink-Holmsfeld, bisher der Gesandte Dänemarks am französischen Hof, ist nunmehr an des abgegangnen Hrn. v. Bülow Stelle zum dänischen Gesandten beim Deutschen Bunde ernannt worden.

### Rußland.

**St. Petersburg, 21. Okt. (R. 3.)** Ein Zirkular des Finanzministers macht bekannt, daß, da augenblicklich der Gesetzentwurf wegen Reform der Handelssteuer dem Reichsrath vorliegt, auf Befehl des Kaisers die gegenwärtige Handelssteuer nur für die erste Jahreshälfte 1863 zu erheben sei.

### Amerika.

**Neu-York, 10. Okt. Abends.** Der Verlust der Unionisten bei Perryville beträgt 2000 Mann Todte und Verwundete; unter den Erstem sind zwei Generale und viele Offiziere. Die Nachrichten klingen übrigens noch verworren. — Die Südstaatlichen haben Lexington geräumt und marschiren, von den Unionisten verfolgt, nach Cumberland Gap zu. Das Einrücken Stewart's in Chambersburg mit etwa 3000 Mann hat in Neu-York das größte Erschrecken erzeugt. — Nach der Schlacht von Corinth verfolgten die siegreichen Nordstaatlichen den Feind bis Ripley in Mississippi.

### Baden.

**Karlsruhe, 24. Okt.** Auf der erst gestern in Betrieb gesetzten Bahnstrecke von Heidelberg nach Mosbach ist leider gleich am ersten Tage eine Störung des Dienstes dadurch eingetreten, daß durch Entgleisung der Lokomotive des um 3 Uhr 5 Min. Nachmittags von Heidelberg abgehenden Bahnzuges an dem linksseitigen Landpfeiler der Redarbrücke bei Redarich die Befahrung dieser Brücke unmöglich gemacht wurde. Eine Verletzung von Personen ist bei diesem Unfall, welcher ohne Zweifel hauptsächlich der durch die anhaltenden starken Regengüsse veranlaßten Erweichung der Erdmasse des Bahndammes zuzuschreiben ist, nicht vorgekommen; für die Reisenden ist jedoch die Unbequemlichkeit erwachsen, daß dieselben aus den von Heidelberg kommenden Zügen in die auf der andern Seite der verfallenen Stelle aufgestellten Wagenszüge und umgekehrt übergehen müssen. Da übrigens folglich alle Mittel in Bewegung gesetzt wurden, um die Hebung der entgleisten Lokomotive zu bewirken, so ist zu hoffen, daß der untergebrochene Gang der Bahnzüge baldigst wieder hergestellt sein werde.

**Forstheim, 22. Okt.** Zur Ergänzung Ihrer Verschiedenen, von anderwärts gekommenen Mittheilungen betröche ich Ihnen, daß, wie im vorigen Jahre, so auch am letzten 1. Okt. hier wieder eine Feier des denkwürdigen Tages stattgefunden hat, und zwar veranstaltet durch den hiesigen Turnverein. Derselbe bestand in dem Abkochen von Freudenfeuern, einem Fackelzuge, und dann aus der eigentlichen Festlichkeit, die im Saale des „Schwarzen Aler“ abgehalten wurde. Die Festrede hielt der Sprecher des Vereins, Hr. Fabrikant Eichler, und es wechselten damit dann noch verschiedene poetische und andere Vorträge, sowie das Ablesen verschiedener patriotischer Reden. — Unser hübsches und geräumiges Saalgebäude ist jetzt nahezu vollendet; insbesondere sind die dazwischen eingerichteten Wohnungen für die ersten Eisenbahn-Beamten fast ganz hergestellt. Wir bedauern, daß der mittlere Theil des Gebäudes, das bei seiner prächtigen Lage so zu sagen die ganze Stadt beherrscht, nicht mehr hervortritt, was bei der bedeutenden Länge des Hauses durch ein größeres Aufwärtsstreben des genannten Theiles erreicht worden wäre.

**Philippsthal, 23. Okt.** Mit Freude begrüßt man hier die Wahrnehmung, wie der nunmehr für den diesseitigen Bezirk in's Leben gerufene Landwirthschaftl. Verein seine Thätigkeit in voranschreitender und Segen verbreitender Weise entfaltet. Bei den nun regelmäßig stattfindenden Versammlungen wird stets das Hauptaugenmerk auf die zunächst notwendigen Einrichtungen und Verbesserungen gerichtet, und hierüber gründliche Besprechung und Verhandlung gepflogen, wobei dann mit Energie darauf gewirkt wird, solche sogleich nach Thunlichkeit zu verwirklichen. So wurde bei der am 19. d. M. in Hüttenheim abgehaltenen Bezirksversammlung u. A. auch die Beschäftigung in Rücksicht gezogen, und obgleich der Zustand hiervon im hiesigen Amtsbezirk im Allgemeinen ein guter genannt werden kann, so wurde dennoch zur Erzielung eines noch bessern Viehstandes die Einführung einer edlern und schöneren Viehrace nicht nur als wünschenswerth, sondern sogar als dringlich anerkannt, weshalb der hierbei gemachte Vorschlag, daß einzelne Gemeinden Kupferrinder aus der Schweiz, und zwar aus den Kantonen Schwyz, Uri und Unterwalden, beschaffen sollten, allgemeinen Be-

fall fand, nachdem dieser Gegenstand schon in einer vorher hier gehaltenen Versammlung der Direktionsmitglieder des Vereins besprochen und die Beschaffung von Fäsel- und Muttervieh aus den bezeichneten Kantonen als zweckdienlich befunden worden war. Es wurde dann sogleich eine Kommission, bestehend aus drei tüchtigen und bewährten Landwirthen, zur Ausführung dieser Sache gewählt, und es haben die Gemeinden des Bezirks sich bereits zur Anschaffung des hieher bezüglichen Viehes und insbesondere zum Ankauf der erforderlichen Zuchtstiere bereit erklärt, wobei zugleich von einer Anzahl Privaten Bestellungen auf Muttervieh gemacht worden sind. Diese erwählte Kommission wird nach Verlauf von wenigen Tagen die Reise nach dem Kanton Schwyz antreten, um sofort die bestellte Zahl von Zuchtstieren und Muttervieh anzukaufen, und so findet dieser als wichtig und dringlich erachtete Gegenstand seine ungehemmte Erledigung. Nur wenn die gepflogenen Besprechungen ihre Anwendung, und die als nothwendig erkannten Verbesserungen ihre Verwirklichung finden, kann das Wirken von wohlthätigen Erfolge sein. Möge der diesseitige landwirthsch. Bezirksverein unermüdet fortfahren in seiner Wirksamkeit zum Segen und Gedeihen der Landwirthschaft unseres Bezirkes!

**Mannheim, 24. Okt. Fröhr. Roth v. Schredenstein,** groß. badißer Kammerherr und vieljähriger Begleiter Ihrer Kaiserl. Hoheit der vereinigten Großherzogin Stephanie, verschied heute Vormittag 10 Uhr nach mehrtägigem Leiden. Er war eine in unserer Stadt hochgeschätzte und allgemein beliebte Persönlichkeit.

**Mannheim, 24. Okt. (Mannh. J.)** In der gestern Abend stattgehabten, ziemlich zahlreich besuchten Hauptversammlung des hiesigen Gewerbevereins wurden nach lebhafter Diskussion die Grundzüge aufgestellt, auf welche die, einen Dienstvertrag vertretenden, in den Arbeitslokalitäten anzuschlagenden Dienstordnungen für die Geschäfte der Gewerbetreibenden, auch wenn sie mit nur wenigen Gehilfen arbeiten, gebaut werden sollen. Sämmtliche im Gewerbegesetz aufgeführten Bedingungen sind dabei berücksichtigt und mehrere auf Erfahrung gegründete Punkte darin aufgenommen.

**Breisach, 23. Okt. (Fröhr. Jg.)** Gestern Nachmittag versammelten in Breisach die beiden Abgeordneten, Hr. Oberschultheiß-Direktor Dr. Knieß und Hr. Oberbürgermeister Fauler, die Wahlmänner des Bezirkes und der angrenzenden Orte, sowie die Mitglieder der beiden Eisenbahnkomitees von Freiburg und Breisach zu einer Besprechung über die neu ausgetestete Eisenbahnlinie von Freiburg an den Rhein bei Breisach. Der Hr. Abgeordnete Dr. Knieß gab ausführlichen Aufschluß über sein bisheriges Wirken und den Stand dieser Angelegenheiten, und knüpfte daran die Mittheilungen über Dasjenige, was weiter etwa in den einzelnen Orten geschehen dürfte, um diese Angelegenheiten einem entsprechenden Ziele entgegen zu führen, wobei er jedoch hervorhob, daß vor Allem die Entschliebung der großh. Staatsregierung über den Bau dieser Linie abgewartet werden müßte. Die Versammlung war durch die empfangenen Mittheilungen befriedigt, und soll nunmehr vorerst die Entschliebung der großh. Staatsregierung vertrauensvoll abgewartet werden.

**Heiligenberg, 22. Okt.** Heute wird im fürstl. Schlosse hier der 8. Jahrestag des Ablebens Sr. Durchl. des uns unvergeßlichen Fürsten Karl Egon zu Fürstemberg in Trauer begangen. Das Andenken an seine — am 28. Okt. 1796 stattgehabte — Geburt wird am 28. d. M. hier gefeiert werden durch einen Zusammentritt von Deputirten der 20 Gemeinden des vormaligen Amtsbezirks Heiligenberg und es wird bei diesem Anlasse eine von Reich zu Hüfingen modelirte und von Burgschmitt zu Nürnberg in Erz gegossene, sehr gelungene und ähnliche lebensgroße Büste des hohen Vereinigten, als ein bleibendes Denkmal der Liebe und Verehrung der Angehörigen dieses Bezirkes für ihn, festlich aufgestellt und entzündet werden.

**Meersburg, 20. Okt. (Sch. M.)** Wie sehr sich eine späte Weinlese lohnt, hat der diesjährige Herbst augenscheinlich bewiesen. Während der Most, der in der ersten Woche gesehnen Trauben von Weihen (Elbling) kaum 70 und vom Rothem (Eylanoer) 83 Grad auf der Reohle'schen Säuhprobe moß, ergibt jetzt dieselbe erstere Sorte schon 74—84 und letztere 85—95, während aber bis zu 103 Grad an Gewicht, gewiß ein Ersatz für den oft viel zu hoch geschätzten Verlust durch vermehrte Fäulniß, welchem überdies durch eine Vorlese noch Mähdies abgewonnen werden kann. Was den heutigen Herbst charakterisirt, ist der schnelle, enorme Aufschlag der Weine. Anfanglich wurden Käufe abgeschlossen, Reithen zu 14 fl. pr. Ohm und noch weniger, ein paar Tage später zu 18, 20, 24—25 fl. pr. Ohm; Ende letzter Woche aber zu 30, 33, 35 und 37 fl. in bedeutendem Quantum, sowohl von der Ernte weg als aus dem Keller. Bis heute haben die Privaten das rothe Gewächs meist alles verkauft, dahingegen ist noch ziemlich weißes Gewächs vorräthig. Diese Woche wird die Traubenlese nahezu vollendet werden.

### Vermischte Nachrichten.

**Deutsche Tonhalle.** Heber die auf unser Preisausschreiben vom Oktober 1861 i. B. eingekommenen 16 Kompositionen des Preises gedichtet von Dr. K. A. Mager für vierstimmigen Männergesang mit Harmoniebegleitung haben die vereinsungsmäßig erwählten H. H. Franz Lachner, Heinrich Heber und Joseph Strauß gefälligst das Preisirtheil ausgeteilt; in der Beurtheilung dieser Werke hat sich aber keine zureichende Stimmenmehrheit ergeben (Satz 14 h.); jedoch erhielt das Werk des Hrn. J. L. u. z. in Mainz eine Stimme für den Preis und eine Belobung; das Werk des Hrn. V. G. Weder in Würzburg wurde durch zwei Stimmen und die Werke der H. H. G. G. u. t. h. und Eberhard K. u. h. hier jedes durch eine Stimme besonders delob.

Dieserjenigen der übrigen H. H. Preisbewerber, welche ihre Werke zurückbegehren, wollen dieses Verlangen unmittelbar an uns ergehen lassen, und zwar in den nächsten sechs Monaten, da wir für die Werke nicht länger haften können.

Mannheim, den 23. Oktober 1862.

Der Vorstand.

**London, 22. Okt.** Der neulich Eisenbahnunfall auf der Glasgow-Edinburgh-Bahn hat bis jetzt 18 Menschenleben gekostet. Unter den zahlreichen Verwundeten sind dem Bornehmen nach noch 6, an deren Aufkommen gewweifelt wird.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 26. Okt. 4. Quartal. 116. Abonnementsvorstellung. **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg;** große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

